

Niederschrift
7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.11.2006
Sitzungsbeginn:	19:35 Uhr
Sitzungsende:	20:53 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37
stimmberechtigt anwesend: 37 (18 CDU, 12 SPD, 3 REP, 3 BB-FDP, 1 fraktionslos)

Anwesend sind:

Herr Hans-Georg Lang
Herr Otmar Bonacker
Herr Hans-Jürgen Back
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Behler
Herr Frank Drescher
Herr Joachim Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr August Görge
Frau Dr. Uta Gruß
Herr Werner Hesse
Herr Frank Hille
Frau Annemarie Hühn
Herr Tobias Karlein
Herr Reinhard Kauk
Herr Winand Koch
Herr Jörg Linker
Frau Maria März
Herr Jochen Metz
Herr Werner Metzger
Frau Carla Mönninger-Botthof
Frau Handan Özgüven
Frau Ulrike Quirnbach
Frau Susanne Reitmeier
Herr Stefan Rhein
Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Frau Ilona Schaub

Frau Rabea Schuchardt
Herr Christian Somogyi
Herr Manfred Thierau
Herr Norbert Thierau
Herr Bernd Waldheim
Herr Friedhelm Wieber
Herr Bernd Zink
Herr Manfred Vollmer
Herr Heinrich Reinhardt
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Gerhard Kroll
Herr Hans-Dieter Langner
Herr Peter Mehlinger
Frau Ursula Rogg
Herr Frank Drescher
Herr Adolf Fleischhauer
Frau Maria März
Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz
Herr Mehmet Ceylan

Schriftführer:

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung und Begrüßung
- 2** Fragestunde
- TOP** Beschlüsse
- 3** Änderung der Straßenbeitragssatzung (StrBS)
Vorlage: FB4/2006/0080
- 4** Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS)
Vorlage: FB4/2006/0099
- 5** Erlass einer Satzung der Stadt Stadtallendorf gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB über die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, in Ortsteil Niederklein (Klarstellungssatzung)
Vorlage: FB4/2006/0088
- 6** Neuordnung des innerstädtischen Stadtbusverkehrs
hier: Errichtung der zentralen Bushaltestelle am Aufbauplatz
Vorlage: FB4/2006/0098

- 7 Änderung von Linienführungen im Bereich des Stadtbusverkehrs
Vorlage: FB3/2006/0013
- 8 Wahl von Ortsgerichtsmitgliedern für die Ortsgerichtsbezirke Stadtallendorf I und II
Vorlage: FB3/2006/0017
- 9 3. Fortschreibung des Stadtmarketingkonzeptes Stadtallendorf
Vorlage: FB2/2006/0011
- TOP** Anträge gem. § 14 GO
- 10 Weiterbau des Fahrradweges an der B 454; Antrag gem. § 14 GO des Herrn Stv. Werner Hesse (SPD-Fraktion) vom 24.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: SPD/2006/0012
- TOP** Anfragen gem. § 23 b GO
- 11 Planung und Erschließung des neuen Industriegebiets; Anfrage gem. § 23 b der GO der Frau Stv. Rabea Schuchardt vom 26.09.2006 (eingegangen am 27.09.2006)
Vorlage: AGS/2006/0003
- 12 Tempo-30-Zone in Wohngebieten; Anfrage gem. § 23 b GO der Frau Stv. Rabea Schuchardt vom 18.10.2006 (eingegangen am 18.10.2006)
Vorlage: PL/2006/0002
- 13 Verpachtung des TNT-Zwischenlagers; Anfrage gem. § 23 b der GO des Herrn Stv. Winand Koch (BB-FDP) vom 23.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: BBF/2006/0004
- 14 Innenstadtkonzept; Anfrage gem. § 23 b der GO des Herrn Stv. Winand Koch (BB-FDP) vom 23.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: BBF/2006/0005
- TOP** Kenntnisnahmen
- 15 Haushaltsplanung 2007
Vorlage: FB1/2006/0068
- 16 Demographischer Wandel und Konsequenzen für Stadtallendorf
Vorlage: FB2/2006/0015
- 17 Mitteilungen
- 18 Verschiedenes
- 19 Niederschlagung von Forderungen
Vorlage: FB1/2006/0077

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Sein besonderer Gruß gilt den Mitgliedern des Magistrats, an der Spitze Herrn Bürgermeister Vollmer. Er begrüßt weiterhin die anwesenden Ortsvorsteher, die Vertreter der Verwaltung, die Presse sowie die Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Er stellt ferner fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

An dieser Stelle begrüßt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang Herrn Stv. Uwe Haemer (REP), der für Herrn Gerhard Jarosch in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist und wünscht eine erfolgreiche Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang erinnert er an Herrn Gerhard Jarosch, der von 1993 bis März 2006 ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat und danach Stadtverordneter bis zu seinem Ausscheiden am 31.10.2006 war. Bedingt durch seinen Wegzug hat Herr Gerhard Jarosch sein Mandat für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf niederlegen müssen.

Herr Bürgermeister Vollmer bittet, die Tagesordnungspunkte 17 „Niederschlagung von Forderungen“ und 18 „Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages“ nichtöffentlich zu behandeln. Im Ältestenrat wurde sich einvernehmlich darauf verständigt, über den Ausschluss der Öffentlichkeit hier zunächst ohne Aussprache abzustimmen. Darüber hinaus stellt er die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zurück.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 17 „Niederschlagung von Forderungen“ und 18 „Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages“ werden nichtöffentlich behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Somit ist die Tagesordnung in dieser Form von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung genehmigt.

TOP 2 Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Anfragen gem. § 23 a GO vor.

Beschlüsse

**TOP 3 Änderung der Straßenbeitragssatzung (StrBS)
Vorlage: FB4/2006/0080**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

**TOP 4 Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS)
Vorlage: FB4/2006/0099**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

**TOP 5 Erlass einer Satzung der Stadt Stadtallendorf gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1
BauGB über die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das
Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, in Ortsteil
Niederklein (Klarstellungssatzung)
Vorlage: FB4/2006/0088**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB die anliegende Satzung über die Grenzen eines Teilbereichs des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Flurstück 250/60 (Teilfläche), Flur 7, Gemarkung Niederklein, im Ortsteil Niederklein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 6 Neuordnung des innerstädtischen Stadtbusverkehrs
hier: Errichtung der zentralen Bushaltestelle am Aufbauplatz
Vorlage: FB4/2006/0098**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 7 Nein 4

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Zur Sache spricht Herr Stv. Erber (CDU) und signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Somogyi (SPD) und erklärt, dass man der Vorlage grundsätzlich zustimme. Er kritisiert aus seiner Sicht fehlende Informationen in dieser Vorlage.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (BB-FDP) und teilt die Kritik seines Vorredners. Er erklärt jedoch, dass man aus Kostengründen die Vorlage nicht ablehnen könne und signalisiert Zustimmung.

Herr Bürgermeister Vollmer spricht zur Thematik und geht hierbei insbesondere auf die Ausführungen von Herrn Stv. Somogyi (SPD) ein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Errichtung der zentralen Bushaltestelle als ÖPNV-Verknüpfungspunkt Bus/Bahn erfolgt im Bereich des Aufbauplatzes. Diese Konzeption entspricht den Aussagen des Stadtentwicklungskonzepts.
2. Die Konzeption ist in der Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 Änderung von Linienführungen im Bereich des Stadtbusverkehrs
Vorlage: FB3/2006/0013

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Zur Sache spricht Herr Stv. Hille (CDU) und gibt eine ausführliche Stellungnahme zum Sachverhalt ab. Er signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Somogyi (SPD) und signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Regionalen Nahverkehrsverband Marburg-Biedenkopf (RNV) damit zu beauftragen, ab dem neuen Fahrplanjahr, das im Dezember 2006 beginnt, folgende Änderungen in den Linienführungen vorzunehmen:

1. Die Linien 85 und 91 fahren in der WASAG nicht mehr über den Spechtweg, sondern die frühere Streckenführung über die Habichtstraße. Die derzeitige Haltestelle „Spechtweg“ ist entsprechend in die „Habichtstraße“ zu verlegen.
2. Die Linie 92 fährt zukünftig nicht mehr in den Bereich „Kronacker“ und nicht mehr durch den „Kirchhainer Weg“. Durch die Streckeneinsparung soll der Bus zum neuen Friedhofsparkplatz und von dort zurück durch die „Gartenstraße“ fahren. Eine der beiden Haltestellen am „Hütgesweg“ ist in die „Hauptstraße“ an den Einmündungsbereich „Scheibelweg“ zu verlegen. Außerdem ist die Haltestelle in der „Gartenstraße“ in Höhe des Friedhofsweges zu reaktivieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8 Wahl von Ortsgerichtsmitgliedern für die Ortsgerichtsbezirke Stadtallendorf I und II

Vorlage: FB3/2006/0017

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales, 02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 11

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Da niemand widerspricht, erfolgt hier offene Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 7 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes nachfolgende Personen zu Ortsgerichtsmitgliedern und schlägt diese dem Direktor des Amtsgerichts Kirchhain zur Ernennung vor:

- für das Ortsgericht Stadtallendorf I (Kernstadt): Herrn Karl-Heinz Rhein, wh. Hauptstr. 10, 35260 Stadtallendorf, geb. am: 20.07.1944, zum **Ortsgerichtsschöffen** (Neuwahl)
- für das Ortsgericht Stadtallendorf II (Niederlein/Schweinsberg): Herrn Robert Gruß, wh. Homberger Weg 7, 35260 Stadtallendorf, geb. am: 03.02.1943, zum **Ortsgerichtsschöffen** (Neuwahl)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 9 3. Fortschreibung des Stadtmarketingkonzeptes Stadtallendorf Vorlage: FB2/2006/0011

Fachausschuss für Jugend, Senioren, Kultur und Sport, 05.09.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 7 Nein 3

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales, 07.09.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 7 Nein 3 Enthaltung 1

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
07.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 7 Nein 4

Zur Sache spricht Frau Stv. Schaub (CDU) und signalisiert Zustimmung ihrer Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Frau Stv. Reitmeier (SPD) und signalisiert Ablehnung zu dieser Vorlage.

Zur Thematik spricht Herr Bürgermeister Vollmer und geht hierbei insbesondere auf seine Vorrednerin ein.

Frau Stv. Reitmeier (SPD) kritisiert die Äußerungen von Herrn Bürgermeister Vollmer, der hierzu Stellung bezieht.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Hille (CDU), der seinerseits auf die Äußerungen von Frau Stv. Reitmeier (SPD) eingeht.

Herr Stv. Koch (BB-FDP) spricht zur Thematik und signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Abschließend spricht Herr Stv. Hesse (SPD) zum Sachverhalt und signalisiert Ablehnung seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die überarbeitete 3. Fortschreibung des Konzeptes Stadtmarketing Stadtallendorf mit der neuen Bezeichnung

Stadtallendorf 2015
Standort – Marketing – Konzept

2. Das Konzept ist im Abstand von 3 Jahren fortzuschreiben.
3. Der Beschluss vom 20.03.2003 zur Bildung eines Arbeitskreises wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja (CDU, REP, BB-FDP, 1 Stv. fraktionslos)
12 Nein (SPD)

Anträge gem. § 14 GO

**TOP 10 Weiterbau des Fahrradweges an der B 454; Antrag gem. § 14 GO des Herrn Stv. Werner Hesse (SPD-Fraktion) vom 24.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: SPD/2006/0012**

Herr Stv. Behler (SPD) begründet den Antrag für seine Fraktion und bittet um Zustimmung.

Zur Sache sprechen weiter die Herren Stv. Metzger (CDU), Koch (BB-FDP) und Ryborsch (CDU) und signalisieren Zustimmung ihrer Fraktionen.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, Schritte zu unternehmen um den in Bau befindlichen Radweg entlang der B 454 in Richtung Kirchhain von dem geplanten Aus-

bauende bis zu einem Anschluss an das Radwegenetz in Kirchhain weiterzubauen.

Außerdem soll er sich für eine vollständige Asphaltierung des Radweges und einen – zumindest provisorischen – sofortigen Anschluss der Haartsiedlung an den Radweg einsetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anfragen gem. § 23 b GO

- TOP 11 Planung und Erschließung des neuen Industriegebiets; Anfrage gem. § 23 b der GO der Frau Stv. Rabea Schuchardt vom 26.09.2006 (eingegangen am 27.09.2006)
Vorlage: AGS/2006/0003**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 30.10.2006 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

- TOP 12 Tempo-30-Zone in Wohngebieten; Anfrage gem. § 23 b GO der Frau Stv. Rabea Schuchardt vom 18.10.2006 (eingegangen am 18.10.2006)
Vorlage: PL/2006/0002**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 27.10.2006 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

- TOP 13 Verpachtung des TNT-Zwischenlagers; Anfrage gem. § 23 b der GO des Herrn Stv. Winand Koch (BB-FDP) vom 23.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: BBF/2006/0004**

Die Beantwortung dieser Anfrage ist zurückgestellt worden.

**TOP 14 Innenstadtkonzept; Anfrage gem. § 23 b der GO des Herrn Stv. Winand Koch (BB-FDP) vom 23.10.2006 (eingegangen am 24.10.2006)
Vorlage: BBF/2006/0005**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 30.10.2006 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Kenntnisnahmen

**TOP 15 Haushaltsplanung 2007
Vorlage: FB1/2006/0068**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
07.11.2006

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Nach der bisherigen Praxis wurde der Haushaltsplan für das Folgejahr in der letzten Sitzung eines Jahres der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung in erster Lesung vorgelegt. Die Vorbereitung bzw. Erstellung des Haushaltsplanes, die Feststellung des Haushaltsplanentwurfs durch den Magistrat mit anschließender Beratung der Fachausschüsse 1 bis 4 erfordern bis zur Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten. Um diesen Zeitplan einzuhalten, müsste am 28.08.2006 mit Termin 15.09.2006 für die Mittelanmeldung mit der Haushaltsplanung begonnen werden.

Da zu diesem Zeitpunkt die Ergebnisse des Arbeitskreises „Haushaltskonsolidierung“ noch nicht vorliegen werden, kann mit der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007 zur Zeit noch nicht begonnen werden. Somit kann der Haushaltsplan 2007 der Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich erst in der ersten Sitzung des neuen Jahres zur Beratung in erster Lesung vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 16 Demographischer Wandel und Konsequenzen für Stadtallendorf
Vorlage: FB2/2006/0015**

Fachausschuss für Jugend, Senioren, Kultur und Sport, 31.10.2006

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Soziales, 02.11.2006
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
07.11.2006

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

„Die städtischen Gremien nehmen den nachfolgenden Bericht zum demographischen Wandel in Stadtallendorf als Ergänzung zum „Marketingkonzept Stadtallendorf 2015“ zur Kenntnis:

Demographischer Wandel in Stadtallendorf

Am 15.12.2005 hat die Stadtverordnetenversammlung nach gemeinsamer Beratung eines Antrages der SPD-Fraktion folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

1. Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht „Demographischer Wandel in Stadtallendorf“ zu erstellen, der das bestehende Konzept aufnimmt und fort schreibt.
2. In diesem Bericht sollen sowohl die absehbaren Auswirkungen des demographischen Wandels in Stadtallendorf dargestellt werden, als auch aufgezeigt werden, in welchen Feldern es notwendig ist, auf diesen Wandel zu reagieren und wie die adäquaten Maßnahmen dazu aussehen könnten und sollten.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, hat die Verwaltung zunächst die Mitwirkung externer Berater geprüft und dazu am 20.12.2005 eine Anfrage an Herrn Dr. Leib vom Fachbereich Geografie der Universität Marburg gerichtet. Am 10.01.2006 hat Herr Dr. Leib angeboten, zunächst in der Stadtverordnetenversammlung einen Allgemeinortrag unter der Überschrift: „Demographischer Wandel in Deutschland, Ursachen und Auswirkungen, Neue Wege, aber auch Rückentwicklungen“ zu halten. Anschließend sollte ein Team von 3 Fachleuten gegen Honorar nach Aufwand die örtliche Besonderheit von Stadtallendorf gutachterlich bewerten. Wegen der nicht abschätzbaren Kosten und Zeit hat die Verwaltung diese Beratungsmöglichkeit zurückgestellt, nachdem Herr Dr. Leib ein eigenes Mitwirken aufgrund von Arbeitsüberlastung ausgeschlossen hatte.

Am 24.01.2006 hat die Verwaltung Kontakte zum Leiter des Referates für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung der Stadt Marburg, Herrn Wolfgang Liprecht aufgenommen. Herr Liprecht ist auf diesem Gebiet ein anerkannter Fachmann, der aufgrund seiner Tätigkeiten in regionalen und überregionalen Arbeitskreisen über umfangreiche Erfahrungen verfügt. An einem Auftrag, für die Stadt tätig zu werden, äußerte Herr Liprecht grundsätzliches Interesse. Über Umfang und Kosten sollte ein Werkvertrag abgeschlossen werden. Am 09.03.2006 hat Herr Liprecht auf Nachfrage zum Sachstand mitgeteilt, dass die Stadt Marburg rechtliche Bedenken zum Abschluss eines Werkvertrages habe, weil ein solcher durch private Planungsbüros anfechtbar wäre. Am 30.05.2006 hat die Stadt Marburg schriftlich mitgeteilt, dass Herr Liprecht wegen des für eine ordentliche Abwicklung des Auftrages erforderlichen Zeitaufwandes von 100 bis 120 Stunden

und seiner sonstigen Arbeitsbelastung den Auftrag nicht annehmen kann.

Zwischenzeitlich ist es dem Landkreis Marburg-Biedenkopf im März 2006 gelungen, zum gleichen Thema in ein finanziell gefördertes Modellprojekt des Landes Hessen aufgenommen zu werden. Unter Beteiligung aller Kreiskommunen wird der Landkreis zum Thema „Demographischer Wandel als kommunale Herausforderung“ ein Projekt für den bevorstehenden Änderungsprozess starten, welches mit einer ersten Veranstaltung am 14.09.2006 angelaufen ist. Stadtallendorf wird hier mitwirken.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren versucht die Verwaltung deshalb unter Verwendung vorhandenen Datenmaterials nachfolgend den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung mit eigenen Mitteln zu erfüllen:

1. Einwohner

Am 01.01.2000 hatte die Gesamtstadt 21.643 Einwohner; bis zum 31.12.2005 war die Einwohnerzahl auf 21.497 geschrumpft. Der Einwohnerverlust geht voll zu Lasten der Kernstadt, die sich im genannten Zeitraum von 16.914 auf 16.648 Einwohner reduzierte.

Nach dem Entwurf des Regionalplanes Mittelhessen wird die Bevölkerung in Mittelhessen bis zum Jahre 2020 um etwa 20.000 Menschen von 1.065.917 auf 1.045.408 abnehmen. Für Stadtallendorf wird bis zum Jahre 2020 ein Wachstum von 21.500 auf 22.400 prognostiziert, während für die übrigen 4 Städte des Ostkreises (Amöneburg, Kirchhain, Neustadt und Rauschenberg) mit zusammen 35.900 Einwohnern kein Wachstum prognostiziert wird. Für Stadtallendorf teilen wir die Wachstumsprognose und begründen dies mit

- a) dem bevorstehenden Aufwuchs des Bundeswehrstandortes und
- b) mit günstigen Perspektiven bezüglich der Ansiedlung bisheriger Pendler (Benzinpreisentwicklung / Wegfall der Pendlerpauschale) sowie dem großen Arbeitsplatzangebot.

Der Anteil der 0 bis unter 20jährigen wird in Mittelhessen bis 2020 von heute 224.583 (21,1 %) auf 185.816 (17,8 %) sinken, der Anteil der 20 bis 60jährigen von heute 590.999 (55,4 %) auf 557.669 (53,3 %), dagegen der über 60jährigen von 250.334 (23,5 %) auf 301.923 (28,9 %) steigen. Rund 38.700 weniger Kinder- und Jugendliche, 33.300 weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter, aber 51.500 mehr über 60jährige werden in den nächsten 14 Jahren sich auf alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge auswirken. Nach dem Jahre 2020 wird sich diese Entwicklung noch wesentlich verstärken.

Die Zahl der 3 bis 6jährigen Kinder wird im Jahre 2020 in Stadtallendorf 15 % (von 965 auf 820) unter den heutigen Zahlen liegen (in Neustadt – 7 %, in Amöneburg – 34 %, in Kirchhain – 19 %, in Rauschenberg – 8 %). Neue Platzkapazitäten in unseren Kindergärten sind langfristig nicht erforderlich. Freiräume können zunächst für qualitative Verbesserungen oder neue Angebote für unter 3jährige Kinder genutzt werden. Etwa ab 2010 empfehlen wir zur Kindergartenplatzbewirt-

schaftung aus rationalen Gründen eine interkommunale Kooperation zwischen den Ostkreisgemeinden.

Bei den 6 bis 16jährigen kommt es in Stadtallendorf zu einer Minderung der Kopffzahlen um nur 5 % bis 6 % oder von heute 2.585 auf 2.440 in 2020, in Neustadt um 25 % bis 31 %, in Amöneburg um 13% bis 22 %, in Kirchhain um 20 % bis 24 % und in Rauschenberg um 26 % bis 30 %. Der Landkreis als Schulträger wird darauf reagieren müssen, allerdings weniger für den Bereich Stadtallendorf. Die Politik sollte darauf achten, dass sinkende Schülerzahlen zur Verringerung der Klassenstärken und nicht zum Abbau von Lehrerstellen führen.

Die für unsere Stadtjugendpflege besonders wichtige Altersgruppe der 16 bis 20jährigen (1.526) wird dagegen in Stadtallendorf bis 2020 mit nur einem Minus von 1 % relativ konstant sein, danach aber ebenfalls absinken. Hier gibt es keine Handlungsempfehlungen, zumal die Arbeitsverwaltung bereits ab 2009 von einer Umkehr des bisherigen Lehrstellenmangels in einen Bewerbermangel ausgeht. (Zahl der 16 bis 20jährigen in Neustadt bis 2020 minus 20%, in Amöneburg minus 5 % und in Kirchhain und Rauschenberg je minus 9%). Ab 2015 rechnet die Arbeitsverwaltung bezogen auf das aktuelle Arbeitsplatzangebot wieder mit einem Facharbeitermangel, d.h. unser Gewerbe benötigt ein größeres Arbeitskräfteangebot.

Im Jahre 2020 wird die Zahl unserer heute 2.533 65 bis 75jährigen um 21 % höher und die Zahl der älter als 75jährigen sogar dramatisch um 65 % höher sein. Diese Altersgruppe wird damit von 1.614 auf 2.663 steigen. In den anderen Ostkreisgemeinden sind die Vergleichszahlen z.T. deutlich niedriger. Auch hier ist aktuell kein besonderer Handlungsbedarf aufzeigbar. Es gibt etwa 25 freie Plätze in unseren Alten- und Pflegeheimen, von den ambulanten Pflegediensten sind keine Engpässe bekannt, die künftige Bedarfsdeckung der Wohnraumversorgung für barrierefreies- bzw. betreutes Wohnen ist von privaten Bauherren eingeleitet, weil ein spürbarer Trend zum längeren eigenständigen Wohnen feststellbar ist. Dies gilt auch für die Errichtung eines weiteren Ärztehauses im öffentlichen kommunalen Interesse. Nichtsdestotrotz sollte die Entwicklung bei der nächsten Fortschreibung des Marketingkonzeptes im Jahre 2009 besondere Beachtung finden; die Zahlen bedingen dies.

2. Wohnraumversorgung

Völlig anders als die Einwohnerzahlen ist die Frage der Wohnraumversorgung (siehe vorstehender Absatz) zu sehen, weil hier neben der weiter steigenden Zahl der Ein- und Zweipersonen-Hausenhalte auch die Verfügbarkeit von altengerechten Wohnungen und der Marktfähigkeit von Wohnraum der Baujahre 60iger Jahre und früher eine Rolle spielen.

Nach dem Entwurf des Regionalplanes Mittelhessen wird die Zahl der Haushalte in Stadtallendorf bis 2020 um 15 % von heute 9.125 auf 10.504 steigen. Der Bedarf an neuen Wohnungen beträgt bis 2020 etwa 1.771. Die Flächen der zugestandenen Neubaugebiete in der Gesamtstadt sind von bisher 94 ha auf 66 um rd. 1/3 zurückgenommen. Erstes Ziel des Regionalplanes ist, die Deckung des Wohnraumbedarfes zunächst über städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen mit dem Ergebnis, die Aufenthaltsqualität der Innenstädte (Ab in die Mitte) zu erhöhen.

Zweites Ziel ist eine künftig klare Abgrenzung von bebauten Flächen und freier Landschaft (Ortsabrundung). Hier steht die Behebung städtebaulicher und siedlungsfunktioneller Mängel durch Maßnahmen der städtebaulichen Sanierung (einfache Stadterneuerung, Stadtumbau West, Dorferneuerung, Objektsanierung) im Vordergrund.

Diese Prognosen eröffnen für Stadtallendorf enorme Perspektiven, die wie folgt gesehen werden:

- a) Der Trend zum Wohnen in Innenstädten nimmt bundesweit wieder zu. Die Menschen wollen heute verstärkt in integrierten Wohnbereichen mit guter Infrastruktur und Nahversorgung leben. Die Innenstadtplanung unserer Stadt trägt dem Rechnung (urbane Innenstadt).
- b) Das Neubaugebiet Kronäcker soll nachfragegerecht endausgebaut werden.
- c) Am Kirchhainer Weg sollte wegen der leichten Erschließbarkeit der ehemalige Entwicklungsbereich für qualitativ hochwertiges Wohnen wieder in die Planung aufgenommen werden.
- d) Der Neubaubedarf in den Stadtteilen sollte weitgehend auf die Deckung des Eigenbedarfs beschränkt bleiben.
- e) Baulückenschließung einschl. Objektsanierung zur Verbesserung des städtischen Erscheinungsbildes ist anzugehen.
- f) Aufgrund seiner Siedlungsstruktur verfügt Stadtallendorf über einen großen Bestand an 50 Jahre und älterem Mietwohnraum, der mit großer Wahrscheinlichkeit demnächst nicht mehr marktfähig sein wird. Durch Maßnahmen der städtebaulichen Sanierung sollten diese Wohnanlagen (z.B. Niederkleiner Straße, Musikerviertel) unter Beseitigung des bisher großzügigen Flächenverbrauchs einer neuen verdichteten anspruch- und bedarfsgerechten städtebaulich veränderten Bebauung zugeführt werden. Dies kann in nachfragegerechten zeitlichen Abständen erfolgen. Arbeitsplatznahe Wohnen, interessant für Einpendler sowie das Stichwort Stadtumbau sollten hierfür Grundgedanke sein.

3. Kommunale Daseinsvorsorge

Nach den Annahmen des Regionalplanes Mittelhessen wird die Einwohnerzahl unserer Stadt bis zum Jahre 2020 auf 22.400 Einwohner anwachsen. Trotz dieses Zuwachses wird sich die Altersstruktur gegenüber heute deutlich verändern (weniger Junge, mehr Ältere/Alte), d.h. auch, dass mehr Haushalte mit Renteneinkommen vorhanden sein werden. In den nächsten Jahren muss sorgfältig beobachtet werden, welche Auswirkungen diese zum Teil massiven Veränderungen in der Altersstruktur auf Überkapazitäten von Infrastruktur, Einzelhandel und andere auf unseren lokalen Markt ausgerichtete Gewerbezweige haben werden.

Dagegen zeichnet sich heute schon klar ab, dass aus der demographischen Analyse

ein fortgesetzter Wohnungsbedarf besteht. Zur Vermeidung von Wohnungsleerständen in nicht mehr marktfähigen Wohnanlagen soll das Stadtumbauprogramm West alternativ für neuen marktfähigen Wohnraum in Innenstadtlage sorgen. Der Regionalplan Mittelhessen präferiert deshalb auch klar aus Gründen der Verkehrs-entlastung und Reduzierung der Pendlerströme wohnortnahe Arbeitsplätze. Es muss vermieden werden, dass freier Wohnraum in unseren Nachbarstädten in Konkurrenz zum örtlichen Wohnungsmarkt treten.

Die Vorlage beschränkt sich in Erfüllung des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2005 auf eine das vorliegende Stadtmarketingkonzept ergänzende (vertiefende) Darstellung der sich laufend verändernden Herausforderungen zum demographischen Wandel, um die künftigen Ziel und Schwerpunktmaßnahmen als Strategie zu bestimmen.

Die Inhalte dieser Vorlage verändern nicht die Ausrichtung des Stadtmarketingkonzeptes Stadtallendorf 2015, sondern ergänzen es im Sinne des Auftrages. Mit der Einführung der doppischen Haushaltswirtschaft ab dem 01.01.2006 wird unser kommunales Leistungsangebot künftig jährlich auf dem Prüfstand stehen. Stadtallendorf ist eine noch junge Stadt. Nach den schweren Aufbaujahren der Nachkriegszeit und nach erfolgreichem Abschluss der Stadtentwicklungsmaßnahme sowie dem Abschluss der Altlastensanierung, kann sich unsere Stadt mit Selbstvertrauen der neuen Herausforderung zielorientiert stellen und im Jahre 2010 die 50igste Wiederkehr der Verleihung der Stadtrechte für die Kernstadt als starkes Mittelzentrum im Landkreis Marburg-Biedenkopf feiern. Nach langen Jahren des Aufbaues kann künftig der Ausbau der Stadt mit der Beseitigung der Strukturdefizite (Stadtbildgestaltung) in den Vordergrund treten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17 Mitteilungen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang zieht die Tagesordnungspunkte 19 „Mitteilungen“ und 20 „Verschiedenes“ vor.

Zum TOP „Mitteilungen“ liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 18 Verschiedenes

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist auf die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung der Stadtverordnetenversammlungen der Städte Stadtallendorf, Kirchhain und Rauschenberg hin, die am Montag, dem 20. Nov. 2006, um 18.00 Uhr, im großen Saal des Bürgerhauses der Stadt Kirchhain, stattfindet. Die Einladung sowie die Vorlage („Stadtumbau in Hessen“ – Förderprogramm des Hess. Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Interkommunale Allianz Kirchhain-Rauschenberg-Stadtallendorf; hier: Zusammensetzung der Lenkungsgruppe (Arbeitskreis für die Erstellung des „Integrierten Handlungskonzepts“) liegt den Anwesenden als Tischvorlage vor. Er weist darauf hin, dass für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats sowie für die Ortsvorsteher die Möglichkeit besteht, mit dem Bus vom Rathausvorplatz um 17.30 Uhr

nach Kirchhain zu fahren. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie den Ortsvorstehern wird Gelegenheit gegeben, sich nach der Sitzung beim Schriftführer in eine Teilnehmerliste einzutragen.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Damit ist der öffentliche Teil der heutigen Stadtverordnetenversammlung beendet.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung wird die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgesetzt.

Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung des Magistrats liegt nunmehr die Vorlage zu TOP 18 „Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages“ als Tischvorlage vor.

TOP 19 Niederschlagung von Forderungen
Vorlage: FB1/2006/0077

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
07.11.2006

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Zunächst ruft Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang TOP 17 „Niederschlagung von Forderungen“ auf.

Zu diesem Tagesordnungspunkt können die Anlagen beim Schriftführer anschließend eingesehen werden.

Kenntnisnahme:

Der Magistrat beschließt, dass die in der Anlage einzeln aufgeführten Forderungen (Haupt- und Nebenforderungen) im Gesamtumfang von 18.953,36 € wegen Un- einbringlichkeit niedergeschlagen werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 20 Antrag auf Rückzahlung eines Erschließungsbeitrages
Vorlage: FB4/2006/0071

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
02.11.2006

Abstimmungsergebnis: Ja 10, Enthaltung 1

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erläutert die Modalitäten zur Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes.

